

Der Diskurs der Zivilgesellschaft

Klein, Ansgar

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Klein, A. (2000). *Der Diskurs der Zivilgesellschaft*. (Münsteraner Diskussionspapiere zum Nonprofit-Sektor, 6). Münster: Universität Münster, FB Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Civil-Society-Network. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-379682>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



ARBEITSSTELLE AKTIVE BÜRGERSCHAFT
INSTITUT FÜR POLITIKWISSENSCHAFT
WESTFÄLISCHE WILHELMS-UNIVERSITÄT MÜNSTER

Ansgar Klein

Der Diskurs der Zivilgesellschaft

ARBEITSSTELLE

AKTIVE BÜRGERSCHAFT

an der Westfälischen Wilhelms – Universität Münster

Die Arbeitsstelle Aktive Bürgerschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster ist eine Gemeinschaftsinitiative der Universität und des von genossenschaftlichen Organisationen getragenen Vereins Aktive Bürgerschaft e.V. mit Sitz in Münster.

Im Zuge der breiten nationalen und internationalen Diskussion und Forschung über den Dritten Sektor wird es zunehmend interessant, bürgerschaftliches Engagement in neuen Formen zu fördern. Aufgabe und Zielsetzung der Arbeitsstelle ist die Erforschung bürgerschaftlichen Engagements und gemeinnütziger Organisationen sowie der Transfer von Forschungsergebnissen an interessierte BürgerInnen – dies leistet die Arbeitsstelle Aktive Bürgerschaft durch verschiedene Veranstaltungen und Publikationen.

Die Arbeitsstelle Aktive Bürgerschaft an der Universität Münster bietet mit wechselnden Schwerpunktthemen halbjährlich Tagungen an, die ein offenes Forum für neue Ideen und Initiativen darstellen.

Jährlich wird von der Arbeitsstelle der Wissenschaftspreis „Aktive Bürgerschaft“ ausgelobt. Ausgezeichnet werden hervorragende Dissertationen und Habilitationen der Geistes-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, die sich thematisch mit dem Engagement von Einzelnen, Initiativen oder Organisationen im Dienst der Demokratie und/oder des Gemeinwohls beschäftigen. Der Preis ist mit 2.000 DM dotiert; weiterhin wird die prämierte Arbeit in der Schriftenreihe „Bürgerschaftliches Engagement und Nonprofit-Sektor“ beim Verlag Leske+Budrich veröffentlicht. Die aktuellen Ausschreibungsmodalitäten können jederzeit unter <http://www.uni-muenster.de/Politikwissenschaft> abgerufen werden.

Die Beiträge und Ergebnisse der Tagungen sowie die Arbeiten der Preisträger werden vom Verlag Leske+Budrich in der bereits genannten Schriftenreihe veröffentlicht. Neben den Tagungsbänden erscheint regelmäßig die working paper – Reihe „Münsteraner Diskussionspapiere zum Nonprofit-Sektor“, die die Ergebnisse der Arbeitsstelle dokumentiert.

Ansgar Klein

Der Diskurs der Zivilgesellschaft

In einem ersten Schritt gebe ich einen kurzen Überblick über die politischen Kontexte des neueren Begriffsgebrauchs von Zivilgesellschaft (1.). In einem zweiten Schritt werden demokratiethoretische Konzeptionen der Zivilgesellschaft im Überblick dargestellt. (2) Auf die Begriffsverwendung in den jüngsten reformpolitischen Diskussionen macht die abschließende kurze Skizze zu „Bürgerengagement und Zivilgesellschaft“ aufmerksam (3.).

1 Zivilgesellschaft als radikaldemokratisches Konzept: Politische Hintergründe der neueren Begriffsverwendung

Der Diskurs der Zivilgesellschaft läßt sich insgesamt als eine weit ausholende und unabgeschlossene theoretische Suchbewegung nach den politischen Handlungsmöglichkeiten gesellschaftlicher Akteure zur Herstellung und Fortentwicklung demokratischer Formen der Politik charakterisieren. Assoziationen im intermediären Raum der Politik, politische Öffentlichkeit und responsive politische Institutionen einerseits, rechtsstaatliche Garantien negativer und positiver Freiheit andererseits bilden die Grundpfeiler des Diskurses. Seine Dynamik erhält er im Kontext der politischen Selbstverständigung radikaldemokratischer Akteure. Im Mittelpunkt steht hier der Zusammenhang einer Reformpolitik, die die Möglichkeiten der politischen Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure an politischer Meinungs-, Willens- und Entscheidungsfindung zu erweitern sucht, mit einer demokratischen Selbstbegrenzung der Akteure auf den – für weitere Demokratisierung offenstehenden – institutionellen Rahmen liberaler Demokratie. Geprägt sind diese Selbstverständigungsdiskurse durch zwei Ausgangspunkte: den kulturellen Pluralismus auf der einen, die Komplexität einer ausdifferenzierten modernen Gesellschaft und die kolonialisierenden Effekte von Markt und Staat auf der anderen Seite.

Der Zusammenhalt der verschiedenen politischen Diskurse der Zivilgesellschaft findet seine Grundlage in einem gemeinsamen normativen Bezugsrahmen. Er anerkennt die Notwendigkeiten rechtsstaatlicher Garantien negativer Freiheit, doch es ist die in den Institutionen demokratischer Selbstbestimmung grundlegende positive Freiheit, die der Zivilgesellschaft als einem in der Gesellschaft verankerten Raum des Politischen Rückhalt gibt. Die institutionellen Voraussetzungen demokratischer Selbstbestimmung sind ihrerseits angewiesen auf eine aktive Zivilgesellschaft, die sie mit Leben füllt und reproduziert. Diesem normativen Fokus und einem handlungstheoretischen Zuschnitt der Fragestellungen, die rückgebunden bleiben an gesellschaftliche Akteure, verdankt die verzweigte Konzeptdebatte ihre anhaltende Attraktivität (Arato 1994: 6).

Bereits in der *Zivilgesellschaftsdiskussion in Ostmitteleuropa* sind mit der Begriffswahl unterschiedliche Akzentuierungen des Verständnisses verbunden. Während in Polen vor allem ein reformpolitischer und strategischer Zugang zum Begriffsverständnis dominiert, prägen in der Tschechoslowakei ethische, in Ungarn ökonomische Gesichtspunkte die Diskussion. Gemeinsamer Grundzug der Debatten liegt in ihrer antitotalitären Stoßrichtung (Arato 1990; Fehr 1996; Thaa 1996). Mit den demokratischen Umbrüchen von 1989 werden jedoch die Grenzen eines antitotalitären Konzeptes der Zivilgesellschaft sichtbar. Neuere Studien der Transformationsforschung zur Zivilgesellschaft weisen deshalb mit Recht darauf hin, daß ihr in den verschiedenen Phasen einer demokratischen Transformation unterschiedliche Funktionen zufallen (Croissant/Lauth/Merkel 2000; Lauth/Merkel 1997 a und b; Merkel 1996 und 2000). So erklären sich nicht nur die zentrale Rolle der Zivilgesellschaft in der eigentlichen Phase des Umbruchs, sondern auch ihr rapider Bedeutungsverlust in Ostmitteleuropa nach 1989. In der Phase der Konsolidierung der Demokratie treten gegenüber den Dissidenten und Bürgerbewegungen die institutionalisierten Akteure einer repräsentativen Demokratie, vor allem die Parteien, in den Vordergrund. Die Zivilgesellschaftsdiskussion in Ostmitteleuropa hat auf diesen Funktionswandel zunächst mit Irritation, teilweise auch mit Resignation reagiert. Trotzdem zeichnet sich in den 90er Jahren eine neue Diskussionsrunde über die Rolle der Zivilgesellschaft ab: Sie entfaltet sich entlang der Problemstellungen einer gelingenden oder mißlingenden demokratischen Konsolidierung im nationalstaatlichen Rahmen. Angesichts des europäischen Integrationsprozesses dürfte sich in Ostmitteleuropa eine Annäherung des Problemhorizontes der Zivilgesellschaftsdebatte an den Diskussionsstand in Süd- und

Westeuropa ergeben. Künftig wird auch hier in den Diskussionen eine europäische Zivilgesellschaft eine bedeutendere Rolle spielen.

Die Problembezüge des politischen Transformationsprozesses in Ostmitteleuropa unterscheiden sich grundlegend von den Problemstellungen der reformpolitischen Konzeptdebatte in den westlichen Demokratien. Dennoch gehen von der in Ostmitteleuropa geführten Diskussionen über Freiheit und demokratische Selbstbestimmung wichtige normative Impulse aus: Die Dissidenten und Bürgerbewegungen haben ihr Freiheitsverständnis immer unter Bezugnahme auf die Menschen- und Bürgerrechte erläutert. Die antitotalitäre Stoßrichtung der Konzeptdebatte im ostmitteleuropäischen Kontext unterstreicht den freiheitsverbürgenden Sinn der Trennung von Staat und Gesellschaft, der den Diskurs der Zivilgesellschaft insgesamt normativ prägt. Vor dem Hintergrund totalitärer Erfahrungen geraten nicht nur die ideologischen Formen des Marxismus in Osteuropa, sondern auch die freiheitsgefährdenden Implikationen eines in der republikanischen Theorietradition angelegten Konzepts identitärer Demokratie, dessen Spuren sich auch bei Marx finden lassen, in den Horizont der Kritik. Der normative Sinn einer Freiheit *von* Politik spielt in der ostmitteleuropäischen Diskussion aus guten Gründen eine große Rolle. Insofern knüpft die Zivilgesellschaftsdebatte hier an das Erbe des politischen Liberalismus an. Doch weisen die dortigen Verfechter der Zivilgesellschaft ein privatistisch verkürztes Freiheitsverständnis ihrerseits zurück. Sie begreifen die von ihnen praktisch beanspruchte Freiheit des Dissenses, der Meinungsäußerung, der politischen Betätigung und der politischen Assoziation – anknüpfend an die demokratische Tradition – als Voraussetzungen politischer Transformation überhaupt.

Eines der am weitesten verbreiteten Mißverständnisse in der Rezeption des Zivilgesellschaftsdiskurses ist die Auffassung, er habe seine *maßgeblichen* Impulse aus Ostmitteleuropa erhalten. Demgegenüber gilt es die Eigenständigkeit der westlichen Zivilgesellschaftsdebatte in ihren verschiedenen politischen Kontexten deutlich zu machen. Es ist die auf Fragen des Verhältnisses von Liberalismus und Demokratie zuge-spitzte Debatte, die das normative Verständnis der Zivilgesellschaft kennzeichnet (Dubiel 1994 a und b). Sie bildet den gemeinsamen Bezugspunkt für unterschiedliche Antworten. Dies wird deutlich an den westlichen Interpretationen der demokratischen Umbrüche von 1989 (Arato 1993; Ash 1990; Dahrendorf 1990; Habermas 1990; Preuß 1994). Hier treten die Deutungsdifferenzen in den Vordergrund, die sich mit

der Zivilgesellschaft in liberalen, republikanischen und deliberativen Demokratietheorien verbinden (Habermas 1992). Dies führt zu Reinterpretationen und Korrekturen der liberalen wie der republikanischen Theorietradition und stellt die Zivilgesellschaft in die Bezüge einerseits eines demokratisch radikalisierten politischen Liberalismus, andererseits eines liberale Argumente aufgreifenden Republikanismus (Heins 1992). In normativer Hinsicht erhält die Trennung von Staat und Gesellschaft ihren Sinn als Bedingung der Möglichkeit der negativen Freiheit, die der Rechtsstaat den Bürgern garantiert, die aber gleichzeitig auch dessen Handlungsspielraum begrenzt. Rechtlich sanktionierte negative Freiheiten bilden die unhintergehbare Voraussetzung der positiven Freiheit. Die Menschenrechte sind als Bürgerrechte die institutionelle Grundlage für die Wahrnehmung der positiven Freiheit und den Ausbau ihres institutionellen Rückhaltes. Private und öffentliche Autonomie bilden in ihrem voraussetzungsvollen und keineswegs spannungsfreien Miteinander den normativen Horizont des Zivilgesellschaftsdiskurses.

Schon in Teilen der *Neuen Linken* gab es kritische Stimmen, die dem Marxismus ein problematisches Freiheitsverständnis vorwarfen. Diese Kritik entfaltet sich in der postmarxistischen Diskussion innerhalb der westlichen Linken bereits seit den späten 50er Jahren. Folgerichtig trifft die antitotalitäre Stoßrichtung der ostmitteleuropäischen Zivilgesellschaftsdebatte hier auf eine große Resonanz. Für das Abrücken von der Marxschen Kritik der bürgerlichen Gesellschaft zu Konzeptionen der Zivilgesellschaft gibt es jedoch eine weitere wichtige Voraussetzung innerhalb des westlichen Marxismus: Unter dem Einfluß von Gramsci (1991ff.), der die Zivilgesellschaft von der Ökonomie als einem Raum unterscheidet, in dem die Akteure der Gesellschaft um die Deutung und Hegemonie kultureller Werte kämpfen, wird das Verhältnis von kapitalistischer Wirtschaftsordnung, Staat und Zivilgesellschaft neu erörtert (Bobbio 1988b). Doch bleibt die *società civile* bei Gramsci in ihren tragenden Grundannahmen der Marxschen Theorie verpflichtet. So bereitet sie zwar den neueren Diskussionen über die Zivilgesellschaft innerhalb der westlichen Linken den Boden, doch werden ihre ökonomistischen Engführungen, ihre klassen- und revolutionstheoretischen Annahmen und die in ihr ebenfalls noch erkennbare Architektonik von Basis und Überbau strikt zurückgewiesen (Cohen/Arato 1992: 142-174).

Erst in den Diskussionen des *demokratischen Sozialismus* wird ein nicht mehr reduktionistisches Verständnis des demokratischen Rechtsstaates, von Menschen- und Bür-

gerrechten entwickelt (Pierson 1984). In das normative Zentrum der Diskussion tritt das Spannungsfeld von Liberalismus und Demokratie. Im Zivilgesellschaftsdiskurs eines demokratischen Sozialismus (Bobbio 1988a; Held/Keane 1984; Keane 1988 a, b, c, d und e; Cohen/Rogers 1994 a und b) erfährt die Konzeption einer assoziativen Demokratie, als Fortentwicklung und Erweiterung der repräsentativen Demokratie, Gestalt. Die Zivilgesellschaft wird vor diesem Hintergrund zum Ausgangspunkt einer reformpolitischen Demokratisierungsstrategie von Staat und Wirtschaft. Anders als in den Diskussionen der neuen sozialen Bewegungen behalten Fragen der Wirtschaftsdemokratie und einer redistributiven Politik jedoch weiterhin ein starkes Gewicht. Die hier entwickelten Konzeptionen der Zivilgesellschaft setzen reformpolitisch auf freiwillige, selbstbestimmte gesellschaftliche Organisationen, eine Ausweitung der Bürgerbeteiligung und einen institutionellen Wandel der liberalen in Richtung einer assoziativen Demokratie. Die Diskussionen sind bereits stark geprägt von den Erfahrungen der neuen sozialen Bewegungen und fließen ihrerseits wieder in deren Debatten zurück.

Für die links-libertären *neuen sozialen Bewegungen* avanciert die Zivilgesellschaft zu einem einflußreichen politischen Ordnungsmodell für eine von gesellschaftlichen Akteuren ausgehende Strategie der weitergehenden Demokratisierung liberaler (westlicher) Demokratien (Roth 1994; Rucht 1994, 1997, 1998). Gefragt wird nach den Möglichkeiten der Demokratisierung der politischen Meinungs- und Willensbildung und der politischen Institutionen als Voraussetzung dafür, die eigenen Anliegen, Interessen und Themen zukünftig besser zur Geltung bringen zu können. Die Probleme einer etatistischen, den Staat ins Zentrum stellenden Reformpolitik, wie sie in der sozialdemokratischen Politik der 70er Jahre dominiert, bilden – wie auch in den Zivilgesellschaftskonzepten des demokratischen Sozialismus – den Bezugspunkt der reformpolitischen Überlegungen. In den Blick geraten somit die Schwierigkeiten konkurrenzdemokratischer Elitenherrschaft, korporatistisch vermachteter Interessenarrangements, die Grenzen staatlicher Steuerung und die bürokratischen Effekte staatlicher Reformpolitik.

Protestmobilisierung als Form politischen Handelns und die Legitimität des zivilen Ungehorsams sind zunächst die prägenden Bezugspunkte für das von Idealisierungen nicht freie Verständnis der neuen sozialen Bewegungen als zivilgesellschaftlichen Akteuren (Rödel 1994). Deutlich wird jedoch bereits hier die Notwendigkeit einer

Selbstbegrenzung auf normativ akzeptable Handlungsformen (Kleger 1993; Offe 1989). Allerdings ist die Diskussion, in der sich zunächst noch Anklänge an den anti-institutionalistischen Bewegungsdiskurs der 70er Jahre finden lassen, anfällig für eine polarisierte Sicht des Verhältnisses von Zivilgesellschaft und demokratischem Staat. Gegen diese Sichtweise werden innerhalb der Konzeptdebatte schon bald gewichtige Einwände erhoben. Sie machen den unverkürzten Sinn einer Politik der Demokratisierung geltend, die auf die Institutionen der liberalen Demokratie zielt (Nullmeier 1989 a und b, 1991; Offe/Preuß 1991; Schmalz-Bruns 1989, 1992, 1994)

Institutionenpolitische Reformkonzepte der liberalen Demokratie anerkennen die Legitimität repräsentativer Demokratie, aber in ihrem Rahmen tragen die zivilgesellschaftliche Assoziationen als demokratische Produktivkraft zu einer Öffnung und Fortentwicklung der politischen Institutionen bei. Diese Diskussion tritt nun im Zivilgesellschaftsdiskurs der neuen sozialen Bewegungen in den Vordergrund. Sie stößt in einem seit den 80er Jahren von Institutionalisierungs- und Professionalisierungsfragen geprägten Bewegungssektor auf größere Resonanz.

Auffällig ist jedoch insgesamt die starke Ausprägung der kulturellen Problemstellung in der Zivilgesellschaftsdebatte der neuen sozialen Bewegungen. Soziokulturelle Fragen einer „Politik der Identitäten“ und der Zusammenhang von Politik und Lebensstilen werden zum Ansatzpunkt eines stark erweiterten Verständnisses des Politischen (Calhoun 1994 a und b; Cohen 1985; Melucci 1988 a und b, 1989, 1995, 1996 a und b). Mit Blick auf Prozesse der Enttraditionalisierung, Individualisierung und Fragmentierung der Gesellschaft werden Spielräume und Möglichkeiten erörtert, die sich unter den Bedingungen einer soziokulturellen Pluralisierung für politische Lernprozesse sozialer Akteure innerhalb eines zivilgesellschaftlichen Handlungsraumes anbieten. Die postmodernen Anklänge einer auf kulturelle Differenzerfahrungen zuge-spitzten Debatte, in der die Zivilgesellschaft Züge einer selbstbezüglichen agonalen Praxis erhält (Nullmeier 1998), verschärfen die Dringlichkeit der Frage nach der Möglichkeit politischer Lernprozesse unter den Bedingungen kultureller Pluralisierung: Wie läßt sich vor dem Hintergrund identitätspolitischer Konfliktstellungen und konkurrierender Lebensstile noch ein gemeinsamer Horizont bürgerschaftlicher Einstellungen und Wertbezüge begründen, auf die die politische Gemeinschaft in der liberalen Demokratie angewiesen bleibt?

Innerhalb der Zivilgesellschaftsdebatte werden mehrere Möglichkeiten der Problem-entschärfung vorgeschlagen: Zum einen bietet sich die Möglichkeit an, das Zusammenspiel von Lebensstilgruppen und zivilgesellschaftlichen Assoziationen als Lernprozeß zu rekonstruieren, in dem der soziokulturelle Pluralisierungsprozess als ein Prozeß der Zivilisierung und Rationalisierung erscheint (Ritter 1997). Republikanische Konzeptionen akzentuieren die politisch-sozialisatorische Wirkung politischer Beteiligung. Eine partizipationsoffene Demokratie vermag aus dieser Sicht zur Ausbildung eines die verschiedenen kulturellen und sozialen Gruppen umfassenden Bürgersinnes beizutragen. Dieses Argument findet sich mit unterschiedlicher Akzentuierung etwa bei Benjamin Barber (1994) und Michael Walzer (1992, 1998; siehe auch Buchstein/Schmalz-Bruns 1994). Institutionentheoretische Konzeptionen betonen schließlich den Beitrag deliberativ angereicherter institutioneller Arrangements zu einer „Staatsbürgerqualifikationspolitik“ und, darüber hinausgehend, zur Entlastung der Bürger von allzu hohen Tugendzumutungen (Offe/Preuß 1991; Schmalz-Bruns 1995).

In der feministischen Kontroverse zwischen universalistischen Konzeptionen gleicher Rechte und Freiheiten und einem postmodernen Verständnis der Geschlechterdifferenz als Ausgangspunkt unversöhnlicher Moralauffassungen treten die normativen Probleme einer identitätspolitischen Deutung kultureller Demokratisierungsprozesse besonders deutlich hervor (Benhabib/Nicholson 1987; Rössler 1996). Aussichtsreich für die Überwindung einer unfruchtbaren Gegenüberstellung von Gleichheit und Differenz scheint in der *feministischen Diskussion* ein kontextsensibles universalistisches Begründungsprogramm politischer Ethik. Es macht die Differenzerfahrungen des kulturellen Pluralismus einer Konfliktlösung zugänglich, die an den Prinzipien symmetrischer Reziprozität und eines rationalen Dialoges orientiert ist (Benhabib 1995 a, b und c). Das Verständnis der Frauenbewegung als zivilgesellschaftlicher Akteurin betont in diesem Sinne ihr universalistisches Anliegen: Einschränkungen und Ungleichheiten in Kommunikationsprozessen in öffentlichen und privaten Räumen der Gesellschaft öffentlich sichtbar zu machen und dazu beizutragen, die Normbildung, die Deutung von Traditionen und Identitätskonstruktionen mit Blick auf hierarchische sexistische Normen zu hinterfragen.

Die Zivilgesellschaftsdebatte im Kontext der Frauenbewegung unterzieht jedoch auch die patriarchal geprägten Begrifflichkeiten im Verständnis der „bürgerlichen Gesell-

schaft“ einer grundlegenden Kritik (Pateman 1988, 1989 a, b und c; 1992). Dies betrifft insbesondere den genauen Verlauf der jeweiligen Grenzziehungen zwischen privater und öffentlicher Sphäre. Der Grenzverlauf selbst wird als Gegenstand politischer Meinungs- und Willensbildung begriffen. Privatheit bleibt unverzichtbare Voraussetzung jeder weitergehenden Demokratisierung der Zivilgesellschaft, ist jedoch aus der hier vertretenen Sicht nur als Voraussetzung individueller Autonomie zu begründen (Cohen 1993, 1996). Die Familie wird dementsprechend nicht mehr als Institution des privaten Raumes, sondern als eine zivilgesellschaftliche Assoziation autonomer Individuen verstanden.

Seit 1989 bilden die Diskussionen über eine „internationale Zivilgesellschaft“ einen weiteren zentralen Strang des übergreifenden Zivilgesellschaftsdiskurses. Die Grenzen einer auf den nationalstaatlichen Rahmen begrenzten Demokratisierungsstrategie sind mit dem Wandel der weltpolitischen Konstellationen nicht mehr zu übersehen (Beck 1998 a und b). Doch die Handlungsspielräume transnationaler Demokratisierungsbestrebungen erscheinen angesichts der vom weltweiten Marktgeschehen ausgehenden Anpassungszwänge als begrenzt. Als Akteure der internationalen Zivilgesellschaft werden vor allem die NGOs verstanden, zum Teil allerdings auch überbewertet (Achim Brunnengräber/Ansgar Klein/Heike Walk 2001). Mit diesem sehr unscharfen Sammelbegriff wird oftmals verdeckt, daß es vor allem transnationale Bewegungsorganisationen sind, denen die NGOs ihre Prominenz in diesem Zusammenhang verdanken (Rucht 1996). Die neuen sozialen Bewegungen und NGOs werden mit der Anforderung konfrontiert, ihre Aktivitäten nicht nur in den lokalen, regionalen und nationalen Politikarenen zu koordinieren. Ein immer größeres Gewicht gewinnt das Handeln in den Arenen transnationaler und internationaler Politik. Die hier auftauchenden Problemstellungen bilden den Hintergrund der Debatte über die internationale Zivilgesellschaft (Heins 1998). Sie fragt nach den Möglichkeiten und Voraussetzungen der Demokratisierung der internationalen Politik. In den Blick gerät damit der Zusammenhang von internationaler Verflechtung, postnationaler Vergesellschaftung und demokratischer Gemeinschaftsbildung.

Konzeptionen internationaler Zivilgesellschaft setzen nicht nur die Existenz eines Weltsystems und eines darauf beschränkten Weltrechts voraus, sondern knüpfen zusätzlich an die Möglichkeiten einer *Weltgesellschaft* an, in der sich Formen einer *Weltgemeinschaft* herausbilden (Forschungsgruppe Weltgesellschaft 1996). Mit der

Frage nach einer Weltgemeinschaft treten die Probleme in gesteigerter Form wieder hervor, die uns unter dem Stichwort der Identitätspolitik bereits im nationalstaatlichen Rahmen begegnet sind: Sie lassen sich zugespitzt als Kontroverse über Universalismus und Partikularismus, über eine gemeinsame moralische Grundorientierung der gesamten Menschheit einerseits, grundlegend differierende Kulturen und Wertorientierungen andererseits fassen. Nur in einer Weltgemeinschaft, dies macht die Debatte über eine internationale Zivilgesellschaft deutlich, lassen sich Anhaltspunkte für eine politische Kultur gewinnen, die sowohl für globale Demokratisierungsprozesse als auch für die einer internationalen Zivilgesellschaft zugewiesene Rolle Rücken- deckung zu geben vermag. In ihr können sich Formen einer transnationalen Zivilge- sellschaft entwickeln.

Notwendig sind dafür Formen einer weltweiten Öffentlichkeit, die den Akteuren der internationalen Zivilgesellschaft die Möglichkeit geben, Probleme zu artikulieren, ei- ner gemeinsamen Bewertung zuzuführen und orientierend auf die öffentliche Mei- nung einzuwirken. Deutlich wird in der Debatte, daß Konzeptionen globaler Öffent- lichkeit auf hinreichende Minimalbedingungen zu reduzieren sind. Sie bleiben so zwar anschlussfähig an die normativen Standards von Öffentlichkeit in den westlichen Demokratien, berücksichtigen dabei aber einen Spielraum von Kulturspezifität und Kulturvariabilität nichtwestlicher Gesellschaften. Die Sperrigkeit von Kulturspezifität verschwindet dabei nicht, sondern wird durch reflexive Vermittlung gleichsam abge- mildert (Bohmann 1997). Doch auch unter diesen Voraussetzungen kann allenfalls von der Existenz rudimentärer Formen von kosmopolitischer Öffentlichkeit ausge- gangen werden, die ihren eigentlichen Rückhalt in den transnationalen Netzwerken zivilgesellschaftlicher Assoziationen erfährt.

Die heute bestehenden Formen einer globalen Medienöffentlichkeit erfüllen die hoch- gesteckten Anforderungen an eine diskursive und rationale Öffentlichkeit noch lange nicht. Gleichwohl lassen sich in der globalen Medienöffentlichkeit – wenn auch am- bivalent zu bewertende – Ansatzpunkte einer auf Solidarität zielenden Kommunikati- on finden. Am Beispiel internationaler Kampagnen wird deutlich, daß eine demokrati- sche Politik in fragmentierten modernen Gesellschaften nicht ohne Medieninszenie- rungen und ohne symbolische Strategien, die an die emotionalen und ästhetischen Be- dürfnisse der Menschen appellieren, auskommen können (Baringhorst 1998).

Angesichts der hochgesteckten Voraussetzungen einer internationalen Zivilgesellschaft gewinnt die Diskussion über eine europäische Zivilgesellschaft als ein möglicher, auf eine große politische Region bezogener Zwischenschritt ihrer Entwicklung an Gewicht (Habermas 1998 a und b). Aussichtsreich erscheinen in diesem Zusammenhang Konzeptionen, die eine institutionenpolitische Förderung des zivilgesellschaftlichen Reproduktionszusammenhanges transnationaler Politik im Rahmen der Europäischen Union ins Auge fassen. Ansatzpunkt ist die supranationale Struktur der Europäischen Union. Legitimationsprobleme europäischer Politik lassen sich nicht durch eine Absenkung des Legitimationsbedarfes, sondern nur durch ein assoziativ erweitertes institutionelles Design supranationaler europäischer Politik lösen, das auf den objektiven Bedeutungszuwachs intermediärer Organisationen reagiert. Über institutionelle Reformpolitik einer Öffnung demokratischer Verfahren für Akteure einer europäischen Zivilgesellschaft wird die Stärkung der Netzwerke einer europäischen Zivilgesellschaft möglich, von denen wesentliche Impulse einer nachholenden europäischen politischen Vergemeinschaftung erwartet werden können (Schmalz-Bruns 1997, 1999).

2 Der Beitrag der Zivilgesellschaft zur politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung

Der Diskurs der Zivilgesellschaft hat seit den 80er Jahren Eingang in die Diskussionen der Demokratietheorie gefunden. Normative Gesichtspunkte bilden den einheitsstiftenden Bezugspunkt der weit verzweigten Debatte. Die kaum noch zu überschauende Diskussion macht jedoch zugleich deutlich, daß normative Konzepte der Zivilgesellschaft immer auch bezüglich ihrer Anschlußfähigkeit an analytische Fragestellungen der Politik- und Sozialwissenschaften Auskunft geben müssen. Wenn auch die politökonomische und soziostrukturelle Perspektive, die noch der neomarxistischen Renaissance der bürgerlichen Gesellschaft in den 60er Jahren zugrunde lag, insgesamt in den Hintergrund getreten ist, so ist doch ein Konzept, das schon im Namen den Bezug zu den gesellschaftlichen Voraussetzungen der Demokratie signalisiert, nur in den entsprechenden Theoriebezügen zu entwickeln. Gegen ein nicht nur in der Rezeption verbreitetes Mißverständnis gilt es mit Nachdruck zu betonen, daß die Zivilgesellschaft nicht als das Ganze der Gesellschaft mißverstanden werden darf. Gleichwohl

treten in der Konzeptdebatte ganz zentrale Fragen des Gesellschaftsverständnisses aus der Perspektive demokratietheoretischer Fragestellungen in den Vordergrund. Dazu zählen das Verhältnis von sozialer und politischer Integration, von sozialen und politischen Institutionen und von funktionaler Differenzierung und lebensweltlicher Struktur.

Zwar bildet der Nachweis analytischer Unschärfen und idealisierender Annahmen einen häufig erhobenen Einwand gegenüber Konzepten der Zivilgesellschaft seitens der Fachwissenschaften. Doch regt die Konzeptdebatte ihrerseits auch weitere Forschungen an. Die Attraktivität der Zivilgesellschaft speist sich nicht nur aus ihrer unstrittigen Bedeutung als Selbstverständigungsdiskurs radikaldemokratischer Akteure, sondern ist auch in der normativ gesteuerten Bezugnahme auf Probleme in Politik und Gesellschaft begründet. Zwar dürfte der normative Fragenhorizont der Zivilgesellschaft seitens eines szientifischen Wissenschaftsverständnisses als Irritation begriffen werden, doch diese produktiv zu wenden erscheint als eine lohnenswerte Aufgabe.

In der komparativen Politikforschung lassen sich beispielsweise weitere Aufschlüsse darüber gewinnen, in welchem Maße die unterschiedlichen Ausgestaltungen des politischen Institutionensystems liberaler Demokratien – Pluralismus, Mehrheits- und Konkordanzdemokratie, präsidentielle oder parlamentarische oder auch föderale und einheitsstaatliche Formen – sich auf die Entwicklung der Assoziationsverhältnisse und der politischen Öffentlichkeit auswirken. Aus der Sicht der Verwaltungswissenschaft und der Policy-Forschung lassen sich Möglichkeiten und Grenzen einer institutionentheoretischen Perspektive reflexiver Demokratie analytisch vertiefen und empirisch mit Bezug auf einzelne Politikfelder unterfüttern. Bereits in vollem Gange ist etwa die von Putnams Studie zum „sozialen Kapital“ (1993; 1996) angeregte Diskussion über den Zusammenhang von politischer Kultur und institutioneller Rahmung der Politik. In der Dritte-Sektor-Forschung wird das Konzept der Zivilgesellschaft wieder stärker in sozioökonomische Bezüge und Problemstellungen eingerückt, zu denen die Konzeptdebatte bisher in weiten Teilen zu große Distanz gehalten hat.

Der akteurstheoretische Zuschnitt, der den Diskurs der Zivilgesellschaft in den politischen Kontexten radikaldemokratischer Akteure in starkem Maße prägt, wird in der Demokratietheorie von seinen kontextspezifischen Besonderheiten weitgehend abgelöst. Gefragt wird in einem generalisierenden Problemzugriff nunmehr danach, wie

unter den Bedingungen ausdifferenzierter Gesellschaft und der sichtbar werdenden Grenzen des Nationalstaates bürgerschaftliches Handeln und zivilgesellschaftliche Akteure zu einer weitergehenden Demokratisierung liberaler Demokratien beizutragen vermögen. In der normativ ausdifferenzierten Konzeptdebatte wird ein allzu enger Akteursbezug zivilgesellschaftlicher Demokratie schon deswegen problematisch, weil sich der auf den Zusammenhang von bürgerschaftlichem Engagement, politischer Öffentlichkeit, rechtsstaatlicher Freiheitsgarantie, politischer Steuerung und gesellschaftlicher Komplexität gerichtete demokratietheoretische Diskurs nur unter erheblichen Verlusten auf eine akteurstheoretisch eingegrenzte Optik reduzieren läßt. Auch lassen sich sozialwissenschaftliche Bezüge des Konzepts nicht phänomenologisch selektiv herstellen. Die genannten Akteure und Akteurskonstellationen nehmen so eher die Funktion eines Beispiels an, in dem die normativen Ansprüche erläutert werden können, die sich mit dem Begriff des zivilgesellschaftlichen Akteurs verbinden.

Die Zivilgesellschaft als ein Gefüge von Assoziationen und Öffentlichkeiten, die fundamentale Menschen- und Bürgerrechte voraussetzen, aber auch einfordern, erscheint in der demokratietheoretischen Diskussion zum einen als Ort politischer Lernprozesse, zum anderen als Voraussetzung einer Demokratisierung der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung wie auch der politischen Institutionen. In den Vordergrund der demokratietheoretischen Diskussion der Zivilgesellschaft tritt unter der Leitidee demokratischer Selbstbestimmung der Beitrag der Zivilgesellschaft für eine politische Vermittlung zwischen Staat und Gesellschaft. Aus dieser demokratietheoretischen Sicht ist die Politik nicht mehr im Staat konzentriert und wird der institutionelle Zusammenhang staatlicher Entscheidungsprozesse mit Prozessen der Meinungs- und Willensbildung in der Zivilgesellschaft zentral. Die anspruchsvolle Programmatik wird jedoch nur selten eingelöst. Es überwiegen bei näherer Betrachtung Konzepte einer selbstbezüglichen Zivilgesellschaft, die vor allem als ein Terrain sozialer und politischer Lernprozesse erscheint. So gilt die Zivilgesellschaft vornehmlich als Feld identitätspolitischer Konflikte. Demgegenüber gilt es den Stellenwert solcher Beiträge der demokratietheoretischen Diskussion hervorzuheben, die den Bezug auf den politischen Entscheidungsprozeß und die Möglichkeit seiner Rationalisierung wahren und in denen die politischen Institutionen nicht *nur* als Ermöglichungsbedingungen einer verantwortungsethischen Massenloyalität, sondern auch als Ansatzpunkte einer De-

mokratisierung des politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses thematisiert werden.

In den Bemühungen um die Profilierung eines neuen Republikanismus wird erkennbar, daß die Fragen einer Konturierung zivilgesellschaftlicher Demokratie zugleich Zukunftsfragen der liberalen Demokratie darstellen. Fragen des bürgerschaftlichen Engagements, der bürgerschaftlichen Identität und der politischen Kultur werden hier mit Fragen der institutionellen Verfaßtheit repräsentativer Demokratien und einer ergebnisbezogenen Politik verbunden. Die Politik erhält mit der Zivilgesellschaft einen Ort *in* der Gesellschaft, der nicht nur als sozialintegrative und politisch-kulturelle Voraussetzung des demokratischen Staates erscheint, sondern auch auf den Prozeß der Meinungs- und Willensbildung einwirkt und einen Beitrag zur politischen Integration der liberalen Demokratie leistet.

Abhängig von den jeweils gewählten Problembeschreibungen – also davon, ob etwa in einem differenztheoretischen Zugriff Fragen der Identitätspolitik und der kulturellen Demokratisierung im Vordergrund stehen, ob in Anknüpfung an den politischen Liberalismus vor allem die Legitimation des demokratischen Rechtsstaates durch die autonomen Öffentlichkeiten der Zivilgesellschaft erörtert wird, ob aus einer republikanischen Perspektive nach dem Beitrag der Zivilgesellschaft zur Ausbildung und Verstetigung des Bürgersinnes gefragt wird, oder ob die Möglichkeiten einer Demokratisierung und Rationalisierung politischer Willensbildung im Vordergrund stehen – kommt es im demokratiethoretischen Zusammenhang zu Problemlösungsstrategien, die nicht immer kombinierbar sind und sich z.T. wechselseitig verstellen. In den unterschiedlich akzentuierten Fassungen zivilgesellschaftlicher Demokratie kommt es zu deutlich voneinander differierenden politischen Funktionszuweisungen an die Zivilgesellschaft.

Theorien demokratischer Selbstgesetzgebung argumentieren im Rahmen einer universalistischen Moraltheorie. Sie diskutieren, wie das Beispiel Jürgen Habermas zeigt, die Zivilgesellschaft vor allem unter den Gesichtspunkten bürgerschaftlicher Identität und demokratischer Legitimation. Habermas (1992 a) unterstreicht – wie auch Jean Cohen und Andrew Arato (1992), deren systematischer Beitrag zur Konzeptdebatte enge Bezüge zu Habermas aufweist und an vielen Stellen in die Darstellung eingeflossen ist – die Bedeutung der Zivilgesellschaft als Raum politischen Lernens. In ihm

entfalten sich die rationalen Potentiale kommunikativer Verständigung, die der Legitimation demokratischer Herrschaft zugrunde liegen, sich aber nur in den institutionell gebahnten Verfahren der liberalen Demokratie für demokratische Selbstgesetzgebung beanspruchen lassen. Im politischen Prozeß erhält die Zivilgesellschaft eine eher periphere Stellung. Als die zentralen politischen Akteure im Prozeß demokratischer Selbstgesetzgebung erscheinen hier zum einen das Parlament und die Parteien, die Impulse autonomer, zivilgesellschaftlicher Öffentlichkeit aufgreifen, zum anderen – in der Entscheidungsimplementation – die politische Administration und die Verbände. Die Frage, wie die Zivilgesellschaft zur Öffnung und Responsivität der politischen Institutionen der repräsentativen Demokratie und zur Demokratisierung des politischen Entscheidungsprozesses beizutragen vermag, bleibt hier im Hinblick auf die Institutionen der repräsentativen Demokratie erstaunlich folgenlos.

Theorien demokratischer Selbstregierung, wie sie etwa Hannah Arendts (1963, 1985 a, b und c, 1989 a und b) und die Autoren Ulrich Rödel, Günter Frankenberg und Helmut Dubiel vertreten (Dubiel 1994 a, b und c; Frankenberg 1996; Rödel/Frankenberg/Dubiel 1989), sind skeptisch gegenüber universalistischen Annahmen allgemeiner Vernunftprinzipien. Sie setzen demgegenüber auf eine sich immer nur kontextspezifisch entfaltende politische Urteilskraft der Bürger. Diese soll sich aus den Privat- und Gruppeninteressen lösen und aus der Pluralität der je persönlichen Perspektive(n) dazu beitragen, den substantiell allgemeinen Gehalt der die Allgemeinheit betreffenden Anliegen in der Öffentlichkeit zu artikulieren. Politik ist der Dialog unter Gleichen über die Angelegenheiten der res publica. Das solcherart verstandene politische Handeln bildet den Herzschlag der Zivilgesellschaft, die in der republikanischen Demokratietheorie in einem sehr viel stärkeren Sinne als politische Gesellschaft bürgerschaftlicher Selbstregierung in Anspruch genommen wird. Die Zivilgesellschaft ist nicht nur der politisch-öffentliche Raum, in dem in kommunikativen Prozessen Macht und politische Legitimation überhaupt erst entstehen. Rödel, Frankenberg und Dubiel verstehen sie auch als kommunikatives Steuerungszentrum der Gesellschaft. Politik wird hier ganz vom Staat in die Zivilgesellschaft als öffentlichem Raum des Politischen zurückverlagert. Diese Bedeutungszuweisung steht allerdings in starker Spannung zu den Realitäten einer interessengeleiteten Politik. Die Vorstellung einer von Interessen freien, gemeinwohlorientierten Politik hat deshalb folgerichtig Kritik am Mythos eines desinteressierten Engagements auf sich gezogen (Lietzmann 1993).

In den Theorien demokratischer Selbstregierung kommt der Frage, wie der republikanische Ethos der Bürger institutionell auf Dauer gestellt werden kann, eine große Bedeutung zu. In Arendts Überlegungen über die Amerikanische Revolution (1963) steht sie ebenso im Mittelpunkt wie in der Konzeption eines „symbolischen Dispositivs der Demokratie“ bei Rödel, Frankenberg und Dubiel. Im Anschluß an Arendt kommt es auch ihnen darauf an, die Institutionen der repräsentativen Demokratie nicht nur als den Rahmen einer interessen geleiteten Politik, sondern auch als Voraussetzung dafür zu begreifen, daß die Bürger ermutigt und befähigt werden, sich ihrer Urteilkraft zu bedienen und politisch zu handeln. Doch schon Arendt hat nicht ausgeführt, welche institutionellen Konsequenzen aus dieser Überlegung zu ziehen sind (Speth/Buchstein 1997). Rödel, Frankenberg und Dubiel lösen ihre sehr allgemein gehaltenen institutionentheoretischen Überlegungen ihrerseits so weit von den institutionellen Ausgangsbedingungen der liberalen Demokratie ab, daß sich von hier aus keine Anhaltspunkte für eine weitergehende Demokratisierung der politischen Institutionen gewinnen lassen.

Das von Rainer Schmalz-Bruns verfochtene *Konzept reflexiver Demokratie* (1995) akzentuiert den Beitrag zivilgesellschaftlicher Demokratisierung für eine Rationalisierung der problemlösungs- und entscheidungsbezogenen politischen Willensbildung. Es stellt die Modelle demokratischer Selbstgesetzgebung und Selbstregierung in eine Relation wechselseitiger Korrektur. Mit Konzeptionen demokratischer Selbstgesetzgebung teilt er die universalistischen Annahmen eines Rationalisierungspotentials sprachlicher Verständigung und den institutionellen Prozeduralismus, über den sich die Rationalität demokratischer Selbstbestimmung im demokratischen Rechtsstaat zur Geltung bringt. Von Konzeptionen demokratischer Selbstregierung übernimmt er den Gedanken horizontaler Selbstorganisation und kooperativer Problemlösung in einer im ganzen politisch vermittelten Gesellschaft. Er löst jedoch das Verständnis der zivilgesellschaftlichen Praxis von seinen in der republikanischen Theorie dominierenden politisch-kulturellen Konnotationen, mit denen Fragen politischer Vergemeinschaftung in den Vordergrund treten. Die Zivilgesellschaft wird von Schmalz-Bruns als ein Vermittlungszusammenhang verstanden, in dem sich soziale und politische Integration verschränken.

Damit geraten die Möglichkeiten einer radikaldemokratischen Reform der politischen Institutionen der repräsentativen Demokratie in Hinblick auf die Optimierung des Zu-

sammenwirkens der untereinander in Spannung stehenden Zielwerte von Transparenz, Partizipation, Effizienz, Effektivität und Legitimität im politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß in den Blick (Klein/Schmalz-Bruns 1997). Diese Möglichkeiten bleiben in den Konzeptionen demokratischer Selbstgesetzgebung unausgeschöpft. Demgegenüber betont Schmalz-Bruns die Vorteile einer demokratisierenden „Vergesellschaftung des Staates“, die über den Ausbau der institutionellen Formen der Vermittlung zwischen Staat und Gesellschaft in einem intermediären Raum des Politischen erfolgt (siehe auch Schuppert 1997). In seiner Konzeption reflexiver Demokratie verbindet sich die Aufwertung von horizontalen Formen der Handlungskoordination mit der Suche nach geeigneten institutionellen Arrangements, um Partizipation und öffentliche Deliberation für eine Rationalitätssteigerung des politischen Prozesses in Anspruch nehmen zu können.

Im Nachvollzug der demokratietheoretischen Binnendifferenzierung des Zivilgesellschaftsdiskurses ist das Spannungsfeld von republikanischen Konzepten demokratischer Selbstregierung und in der Tradition des politischen Liberalismus stehenden Konzepten demokratischer Selbstgesetzgebung deutlich geworden. Der demokratietheoretische Diskurs der Zivilgesellschaft hat die Vermittlung dieser beiden Stränge normativer Demokratietheorie als Ziel, deren ideengeschichtliche Wurzeln im republikanischen Tugenddiskurs einerseits, im liberalen Interessendiskurs andererseits verortet worden sind (Münkler 1991 a, b und c, 1992, 1993, 1997)¹. Es zeichnen sich in den neueren Diskussionen die Konturen eines „neuen“ liberalen Republikanismus ab (Schmalz-Bruns 1995: 55-89; Richter 1999: 27-47). Auch das Konzept der „reflexiven Demokratie“ ist dieser Suchbewegung eines neuen Republikanismus verpflichtet.

1 Die Vermittlung liberaler und republikanischer Gesichtspunkte ist auch das Anliegen der von Jürgen Habermas vertretenen Konzeption deliberativer Demokratie. Die Diskurstheorie integriert Elemente des liberalen Modells interessen geleiteter Politik mit Elementen des republikanischen Modells demokratischer Willensbildung, das auf ethischen Selbstverständigungsprozessen einer politischen Gemeinschaft beruht: „Die Diskurstheorie, die mit dem demokratischen Prozeß stärkere normative Konnotationen verbindet als das liberale, aber schwächere als das republikanische Modell, nimmt von beiden Seiten Elemente auf und fügt sie auf neue Weise zusammen. In Übereinstimmung mit dem Republikanismus rückt sie den politischen Meinungs- und Willensbildungsprozeß in den Mittelpunkt, ohne jedoch die rechtsstaatliche Verfassung als etwas Sekundäres zu verstehen ... Die Diskurstheorie macht die Verwirklichung einer deliberativen Politik nicht von einer kollektiv handlungsfähigen Bürgerschaft abhängig, sondern von der Institutionalisierung entsprechender Verfahren“ (Habermas 1992b: 22).

Die Konzeption einer dialogischen gesellschaftlichen Praxis demokratischer Selbstregierung im Rahmen eines „neuen Republikanismus“ ist jedoch, darauf hat Schmalz-Bruns hingewiesen, zu schwach, um den Anspruch einer weitergehenden Rationalisierung einer problemlösungs- und entscheidungsbezogenen politischen Willensbildung gerecht werden zu können. Auch Schmalz-Bruns ist daher den von Habermas formulierten Grundgedanken der deliberativen Demokratie verpflichtet: der Annahme eines Rationalisierungspotentials sprachlicher Verständigung und dem demokratischen Prozeduralismus². Schmalz-Bruns hat freilich gegen Habermas deutlich gemacht, daß der Spielraum möglicher institutioneller Reformen der repräsentativen Demokratie größer ist, als Habermas dies einzuräumen bereit ist. Demokratische Selbstgesetzgebung kann mit Elementen demokratischer Selbstregierung angereichert werden, die sie sich in Formen horizontaler Selbstorganisationen und kooperativer Problemlösung vollzieht. Eine zentrale Rolle für eine Politik der Institutionen, die deren Responsivität für die Anliegen, Themen und Akteure der Zivilgesellschaft steigert, spielt der institutionelle Ausbau deliberativer Arenen in den einzelnen Policy-Bereichen.

In der Auseinandersetzung mit demokratietheoretischen Konzeptionen der Zivilgesellschaft steht die Möglichkeit der Stärkung des Beitrages der Zivilgesellschaft zur politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung im Mittelpunkt. Die Demokratisierung des institutionellen Designs der repräsentativen Demokratie gewinnt vor diesem Hintergrund eine zentrale Bedeutung. Unter dem Gesichtspunkt einer Rationalisierung des politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses wird im Konzept reflexiver Demokratie die Zivilgesellschaft nicht als selbstbezüglicher Handlungsraum, der für die soziale Integration einer kulturell pluralisierten Gesellschaft einen bedeutenden Beitrag leistet, sondern als ein intermediärer Raum des Politischen thematisiert, dessen institutionelle Verfaßtheit sicherzustellen vermag, daß die Anlie-

2 Die starken universalistischen Annahmen der Diskurstheorie können jedoch im Sinne eines „kontextuellen Universalismus,“ fortentwickelt werden. Dieser vermeidet die „unnötig starren Grenzlinien, die Habermas zwischen Fragen der Gerechtigkeit und Fragen des guten Lebens, öffentlichen Interessen und privaten Bedürfnissen, privaten Werten und öffentlich anerkannten Normen zu ziehen bemüht war“ (Benhabib 1995c: 126). Ein kontextueller Universalismus, darauf weist Emanuel Richter hin, ist ebenso kennzeichnend für einen liberalen Republikanismus wie ein demokratischer Prozeduralismus: „Weder steht ein prinzipiengeleitetes Individuum hilflos den politischen Anwendungsproblemen seiner moralischen Handlungsmaximen gegenüber, noch lösen sich Rechtsbewußtsein und Moralität in prädisponierte Gemeinschaftsbindungen auf. Stattdessen entfaltet sich ein wechselseitig stimulierender Prozeß in der Ausbalancierung von moralischen Handlungsnormen, Bürgerpartizipation, Individualisierung durch ‚gute Ordnungen‘ und Politisierung des gesellschaftlichen Pluralismus“ (Richter 1999: 45).

gen der Bürgerschaft über Formen horizontaler Selbstorganisation und kooperativer Problemlösung im Prozeß der politischen Willensbildungs und Entscheidungsfindung eine angemessene Berücksichtigung finden können.

Doch die institutionelle Verfaßtheit politischer Vermittlungsprozesse hat nicht nur Auswirkungen auf die politische Willensbildung und Entscheidungsfindung, sondern – diesen Aspekt politischer Integration hat die republikanische Theorietradition zu Recht betont – auch Folgen für den politischen Zusammenhalt des Gemeinwesens. Politische Identitätsbildung und die Ausbildung demokratischer Werte sind in wesentlichem Maß abhängig von der Beschaffenheit der politischen Institutionen und Verfahren. Nicht nur bedürfen demokratische Institutionen dem Entgegenkommen einer politischen Kultur, sondern sie können ihrerseits auch zu deren demokratischen Qualitäten beitragen

3 Bürgerengagement und Zivilgesellschaft: Begriffsanleihen der neueren Reformdiskussion

Die Zivilgesellschaft als Ort des Bürgerengagements ist in den Zukunfts- und Programmdiskussionen des gesamten demokratischen Spektrums der Politik mittlerweile zu einer prominenten Bezugsgröße geworden. In einer kurzen Skizze sollen die Begriffsanleihen der neueren Reformdiskussion über Bürgerengagement und Zivilgesellschaft kurz beleuchtet werden. Zu verzeichnen ist die Loslösung des Begriffsgebrauches aus den Kontexten radikaldemokratischer Akteure. Dies trägt einerseits dazu bei, deren Anliegen politisch zu verallgemeinern, doch birgt er zugleich das Risiko einer Reduzierung des Begriffsgebrauches um seine spezifischen politischen Implikationen.

Eigentümlich kontrastieren in den vergangenen Jahren eine allgemeine Unzufriedenheit mit „der Politik“ und ein sich ausweitendes Desinteresse an Parteien oder Verbänden mit der empirisch feststellbaren Engagementbereitschaft in der Bevölkerung. Sie ist nach den neuesten Erhebungen größer als bislang vermutet (Klages 2000). Die Befunde machen darauf aufmerksam, daß Bürgerinnen und Bürger ihre Anliegen zunehmend in die eigenen Hände nehmen.

Ein auf Parteien und Verbände reduziertes Politikverständnis kann die vielfältigen Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements nicht angemessen berücksichtigen. Offenbar sind „die eingespielten Abgrenzungen von privat/öffentlich, politisch/sozial, kulturell/ökonomisch ... durch die aktiven Bürgerinnen und Bürger herausgefordert worden. Vormal's Unpolitisches gerät zum politischen Konflikt, vormal's Privates erhält öffentliche Aufmerksamkeit“ (Roth 1999a).

In den Diskussionen um das bürgerschaftliche Engagement wird deutlich, daß es sich um einen „mehrdeutigen, programmatischen Arbeitsbegriff“ handelt. Er umfaßt die freiwillige bzw. ehrenamtliche Wahrnehmung öffentlicher Funktionen, klassische und neue Formen des sozialen Engagements, der gemeinschaftsorientierten, moralökonomisch bzw. von Solidarvorstellungen geprägten Eigenarbeit und der gemeinschaftlichen Selbsthilfe. In die Diskussion gehen von wissenschaftlicher Seite u.a. Untersuchungen zum ehrenamtlichen Engagement, Ergebnisse der Vereinsforschung, der Dritte-Sektor-Forschung, der Wertewandel-Forschung und der Forschungen zu den neuen sozialen Bewegungen, um die es in den 90er Jahren ruhiger geworden ist, ein. Es bestehen zudem Bezüge zu Diskussionen, die unter den Stichworten „Bürgerinitiativen“, „Selbsthilfe“ oder „mehr Demokratie wagen“ seit den 70er Jahren geführt worden sind und die den Diskurs der Zivilgesellschaft wesentlich geprägt haben (Zimmer/Nährlich 2000).

Trotz dieser Vieldeutigkeit gibt es einen gemeinsamen Bezugspunkt, der im Begriff des bürgerschaftlichen Engagements zum Ausdruck gebracht wird: Innerhalb der Variationsbreite der genannten Facetten trägt bürgerschaftliches Engagement zu den demokratischen Qualitäten der Gesellschaft bei. Gegen eine lange etatistische Tradition gewandt, bedeutet die Wiederentdeckung der aktiven Bürgerin und des aktiven Bürgers für die politische Kultur der Bundesrepublik einen wichtigen Gewinn.

Die Aktivitäten der zivilgesellschaftlichen Assoziationen müssen nicht immer in den politischen Raum führen (Giddens 2000: 337). Viele Aktivitäten sind selbstbezüglich auf den Ausbau und die Stabilisierung der Zivilgesellschaft bezogen. Die sozialwissenschaftlich in den USA und in Europa erhobenen Zahlen verdeutlichen, daß „Volunteering“, „Ehrenamt“ und „bürgerschaftliches Engagement“ keineswegs rückläufig sind. Anders als dies von kommunitaristischen Kritikern vermutet wird, erleben wir in den letzten beiden Jahrzehnten nicht einen Rückzug ins Private, sondern einen Form-

wandel des Engagements. Rückläufig sind die traditionsgebundenen Formen des Engagements, während neue Formen des freiwilligen Engagements und lockere Bindungen, die aber nicht mit Bindungslosigkeit gleichzusetzen sind, einen immer größeren Stellenwert einnehmen (Wuthnow 1998; Cohen 1999).

In den zivilgesellschaftlichen Räumen entsteht eine Praxis des Engagements jenseits privater Interessen und Bindungen, die auf das Gemeinwesen bezogen ist und dieses in sozialen Netzwerken immer wieder neu belebt. In der aktiven Nutzung der Bürgerrechte und in der sozialen Teilhabe entfalten sich gemeinwohlbezogene Motive und Werthaltungen und damit eine politische Kultur, auf die die Demokratie angewiesen ist. „Aus dieser Perspektive sind die gemeinschaftsbezogenen Aktivitäten und Formen der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung und der Interessenartikulation von Bürgerinnen und Bürgern sowie die hier vorfindbaren Organisationsformen wie Bürgergruppen, Vereine und freiwillige Assoziationen Ausdruck und zentrale Grundlage sowohl einer demokratischen politischen Kultur als auch einer solidarischen Wohlfahrtsgesellschaft“ (Evers/Olk 1996: 11).

Bei der Bezeichnung des Handlungsraumes der aktiven Bürgerinnen und Bürger stimmen Konzepte der Zivilgesellschaft und des Dritten Sektors darin überein, dass es sich um eine schwer abgrenzbare Sphäre von Gemeinschaften und Zusammenschlüssen handelt, die sich zwischen den Polen Markt, Staat und Familie (bzw. anderen Lebensbereichen) erstreckt (Roth 1999b). Werden in den Diskussionen um den Dritten Sektor vor allem die ökonomischen Dimensionen eines nicht auf Profit ausgerichteten Tätigkeitsfeldes beleuchtet, so steht in den Diskussionen um die Zivilgesellschaft die politische Bedeutung dieser Sphäre im Vordergrund (Zimmer 1996: 220f.). Hier werden die Formen des politischen Sich-Einmischens, von politischem Protest und zivilem Ungehorsam beleuchtet, die sich mit dem Begriff des bürgerschaftlichen Engagements verbinden.

Die gesellschaftspolitische Dimension des bürgerschaftlichen Engagements und dessen Bedeutung für die Entfaltung der Zivilgesellschaft gilt es gegen verkürzende Diskurse immer im Blick zu halten. So werden etwa unter dem Aspekt der sozialen Leistungen oftmals Positionen vertreten, die das bürgerschaftliche Engagement als unausgeschöpfte Ressource oder Lückenbüßer für den in die Krise geratenen Sozialstaat thematisieren. Eine andere Diskussion sieht die vielfältigen Formen des bürgerschaft-

lichen Engagements als Bezugspunkt für den Wandel der Arbeitsgesellschaft. Verkannt werden dabei allerdings die guten Gründe, die schon Hannah Arendt dazu bewogen haben, zwischen politischem Handeln und Arbeit einen deutlichen Unterschied zu machen (Evers 2000). Diesen Unterschied gilt es jedoch zu berücksichtigen, wenn die gesellschaftspolitischen Impulse des bürgerschaftlichen Engagements und dessen Stellenwert als bürgerschaftliches Handeln (Münkler 2000) ernst genommen werden.

Im Kontext der Zivilgesellschaft bezieht sich bürgerschaftliches Engagement auf das Herstellen von politischer Handlungsfreiheit im Gemeinwesen: Engagierte Personen begegnen sich als Nachbarn und Mitglieder bestimmter kultureller oder lokaler communities, aber zugleich auch als citizens, als Bürger. Die Debatte um Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement stellt dabei eine Verbindung her zwischen den sonst vielfach getrennten Diskussionsbereichen um soziales und politisches Engagement (Evers 2000: 31).

In der Politik sind Diskussionen über das bürgerschaftliche Engagement und die Zivilgesellschaft in vollem Gange. Daß sich insbesondere die Vertreter der Kommunen mit dem Thema auseinandersetzen, ist verständlich: Hier spielt sich der größte Teil des sozialen und politischen Bürgerengagements ab. Doch auch die Länder und die Bundespolitik haben sich in den letzten Jahren verstärkt mit dem Thema beschäftigt. Dies macht die im Dezember 1999 erfolgte Konstituierung einer Enquête-Kommission des Deutschen Bundestags zur „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ deutlich.

Staatliche Akteure können die Voraussetzungen einer Kultur des Bürgerengagements verbessern, aber auch blockieren. Die Leitbild-Debatte einer Reformpolitik, die sich der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements verschrieben hat, beruft sich auf den „ermöglichenden“, den „aktivierenden Staat“. Dieser verabschiedet sich endgültig von etatistischen Reformkonzepten und wendet sich sowohl gegen den konservativen „starken Staat“ als auch einen neoliberalen „Minimalstaat“. Ziel des aktivierenden Staates ist eine neue Verantwortungsteilung: Der Staat bewahrt seine Verantwortung für zentrale Probleme der gesellschaftlichen Wohlfahrt und fördert bewußt eine Infrastruktur des Bürgerengagements (Blanke/Schridde 1999; Dettling 2000). Doch es geht nicht nur um die Förderung einer unterstützenden Infrastruktur des Bürgerengagements, sondern auch um ein neues Verhältnis von Rechten, Optionen und Pflichten,

um einen beteiligungsfreundlichen Politikstil und ein verändertes Zusammenspiel von Staat, Markt und Bürgerengagement (Evers/Leggewie 1999: 340).

Bundeskanzler Gerhard Schröder (2000) hat in einem Beitrag - untertitelt „Anregungen zu einer Neubestimmung der Aufgaben von Staat und Gesellschaft“ - sein Konzept einer modernen zivilen Bürgergesellschaft zusammengefasst als „Zivilisierung des Wandels‘ durch politische Integration und ein neues Bürgerbewusstsein“. Ihm geht es dabei um mehr „Eigenverantwortung, die zu Gemeinwohl führt“³. Als neue Maxime bundespolitischen Handelns in der Zivilgesellschaft setzt er „Fördern und Fordern“, eine Losung, deren Gehalt sich erst jenseits eines auf Verteilungskriterien reduzierten Verständnisses von sozialer Gerechtigkeit entfaltet. „Teilhabe und Teilnahme möglichst Aller am Haben und Sagen“, darauf komme es an. Und wo lassen sich solche Werte und Ziele besser lernen als in der soziale und kulturelle Identifikationen ermöglichenden Zivilgesellschaft.

Allerdings sind Zweifel an der Ernsthaftigkeit der proklamierten zivilgesellschaftlichen Reformperspektive angebracht. Auch Gerhard Schröder sei nicht verborgen geblieben, so Ulrich Beck,

„daß seinem sprunghaften Politikstil der intellektuelle Charme eines leuchtenden Reformkonzeptes fehlt. Dessen Anforderungsprofil ist ebenso leicht zu umschreiben wie schwer zu erfüllen. Gesucht wird ein politisch zündendes ‚Bindewort‘ ... es herrscht höchste Gefahr, sobald eine regierungsamtliche Besetzung des Begriffs Zivilgesellschaft droht: ... Das Einverständnis über die Bedeutung des Begriffs wird nur noch übertroffen vom Unbehagen, was damit gemeint ist. ... Tatsächlich gibt es eine neoliberale Variante der Zivilgesellschaft, und diese ist die größte denkbare Rationalisierungsmaßnahme im öffentlichen Dienst und in der privaten Wirtschaft. ... Über Zivilgesellschaft wird als Politikersatz politisch und materiell folgenlos geredet, also ohne eine neue Macht- und Aufgabenverteilung von Staat, Markt und Zivilgesellschaft, ohne die dafür erforderlichen Reformen ins Auge zu fassen. ‚Zivilgesellschaft‘ ist dann nur ein anderes Wort für die Selbstabwicklung der Politik“ (Beck 2000 b).

Politik in der Zivilgesellschaft – zumal wenn damit die Aufforderung verbunden ist, dass sich der selbstorganisierende Bürger auch als politisches Subjekt verstehen möge – muss bereit sein, sich auf einen auch unbequemen Prozess des Daueraushandelns

3 Ganz im Sinne des Schröderschen Vorstoßes erklärte ein „Berliner Kommuniqué – Modernes Regieren für das 21. Jahrhundert, (2000) im Namen von 14 Regierungsführern die Stärkung der Zivilgesellschaft zu einem zentralen Programmpunkt.

von Entscheidungen einzulassen. Hier gilt allemal die alte Formel: Betroffene zu Beteiligten zu machen, statt ihnen – wie bisher – politische „Sachzwänge“ im neuen rhetorischen Gewand schmackhaft machen zu wollen. Von Seiten der Politik – das gilt sowohl für die Bundes-, Landes- als auch für die Kommunalebene – gibt es genügend zu tun. Bisher hat sie ihre Rolle als „Ermöglichungsstaat“ noch nicht angenommen. Weder bringt sie moderierend die oft sehr unterschiedlichen Milieus der Ehrenamts- und Freiwilligen-Szene sowie den bürgerschaftlich Engagierten mit dem Ziel kommunaler Vernetzung zusammen, noch hat sie überhaupt das Integrationspotential erkannt, das in bürgerschaftlichem Engagement steckt, um der vor allen in unseren Großstädten verstärkt um sich greifenden Marginalisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen effektiv zu begegnen.

Man kann sich insgesamt des Eindrucks nicht erwehren, dass es vor allem zwei Gründe sind, warum die Politik sich bislang noch eine selbstverordnete Zurückhaltung in Sachen Bürgerengagement auferlegt. Wollte sie ernsthaft z.B. nur die Förderrichtlinien für Freiwilligenarbeit den jeweiligen spezifischen Bedürfnissen vor Ort angleichen, müsste sie zugleich eine Diskussion über die Neubewertung gesellschaftlicher Arbeit in ihrem Verhältnis von bezahlten zu unbezahlten Teilen führen. Damit verbunden wäre eine Auseinandersetzung mit dem *Begriff* ehrenamtlicher Tätigkeit, der seit geraumer Zeit in einer Krise steckt. Bisher sieht sich niemand in der Lage, die Heterogenität des Gemeinten sowohl inhaltlich als auch begrifflich zeitgemäß zu definieren. Insofern darf man auf den Abschlußbericht der Enquête-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages, der im Frühjahr 2002 vorgelegt werden soll, gespannt sein.

Noch wesentlicher aber scheint, daß die Neuorientierung der Politik auf eine moderierende Rolle in der Zivilgesellschaft auf staatlicher Seite als Anfang vom Ende gefürchtet wird (Heuberger/Mielke/Klein/Kulesa 2000). Es scheint die Sorge umzugehen, realen Machtverlust dort zu erleiden, wo bisher ein staatliches Definitions- und Informationsmonopol der Politik die Vorherrschaft über die Welt der Vereine, Gruppen und Initiativen sicherte. Die Ermächtigung der Zivilgesellschaft „läuft auf eine paradoxe Reformpolitik des staatlichen Machtverzichts hinaus. Der Staatsapparat soll so ab- und umgebaut werden, daß gesetzlich geschützte Räume für eine konkurrierende Gestaltungsmacht ... entstehen, die gewaltfrei, selbstorganisiert, selbstreflexiv und in dauernder Spannung miteinander und mit den staatlichen Behörden gesellschaftli-

che Kreativität und Selbstverantwortung entfalten“ (Beck 2000 b). Beides – eine klare Vorstellung über bürgerschaftliches Engagement und die Akzeptanz einer neuen Rolle – wird der Politik auf Dauer jedoch nicht erspart bleiben.

Der Text gibt einen Überblick zu den Argumentationslinien des Bandes:

Ansgar Klein

Der Diskurs der Zivilgesellschaft.

Politische Hintergründe und demokratietheoretische Folgerungen

(Reihe Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft, Band 4)

Opladen 2001, Leske+Budrich

4 Literaturverzeichnis

- Arato, Andrew 1990: Revolution, Civil Society und Demokratie, in: Transit. Europäische Revue, Jg. 1, Heft 1, 110-126
- Arato, Andrew 1993: Interpreting 1989, in: Social Research, Jg. 60, Heft 3, 609-646
- Arato, Andrew 1994: The Rise, Decline and Reconstruction of the Concept of Civil Society, and Directions für Future Research, Manuskript
- Arendt, Hannah 1963: Über die Revolution, München
- Arendt, Hannah 1985a: Vita activa oder: Vom tätigen Leben [orig. 1958], München/Zürich
- Arendt, Hannah 1985b: Macht und Gewalt [orig. 1970], München/Zürich
- Arendt, Hannah 1985c: Das Urteilen. Texte zu Kants Politischer Philosophie [orig. 1982], hrsgg. und mit einem Essay von Beiner, Ronald, München/Zürich
- Arendt, Hannah 1989a: Ziviler Ungehorsam [orig. 1970], in: dies.: Zur Zeit. Politische Essays, München, 119-160
- Arendt, Hannah 1989b: 200 Jahre Amerikanische Revolution [orig. 1975], in: dies.: Zur Zeit. Politische Essays, München, 161-177
- Ash, Timothy Garton 1990: Ein Jahrhundert wird abgewählt, München
- Barber, Benjamin 1994: Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen, Hamburg
- Baringhorst, Sigrid 1998: Politik als Kampagne. Zur medialen Erzeugung von Solidarität, Wiesbaden/Opladen
- Beck, Ulrich 1998a (Hg.): Politik der Globalisierung, Frankfurt/M.
- Beck, Ulrich 1998b (Hg.): Perspektiven der Weltgesellschaft, Frankfurt/M.
- Beck, Ulrich 2000a (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt/M.

- Beck, Ulrich 2000b: Mehr Zivilcourage bitte. Ein Vorschlag an die Adresse Gerhard Schröders: Wir brauchen eine Gesellschaft engagierter Individuen, in: DIE ZEIT, 25.05.
- Benhabib, Seyla 1995a: Selbst im Kontext. Kommunikative Ethik im Spannungsfeld von Feminismus, Kommunitarismus und Postmoderne, Frankfurt/M.
- Benhabib, Seyla 1995b: Feminismus und Postmoderne, in: dies.: Selbst im Kontext, 221-258
- Benhabib, Seyla 1995c: Modelle des ‚öffentlichen Raums‘. Hannah Arendt, die liberale Tradition und Jürgen Habermas, in: dies.: Selbst im Kontext, Frankfurt/M., 96-130
- Benhabib, Seyla/Nicholson, Linda 1987: Politische Philosophie und die Frauenfrage, in: Fetscher, Iring/Münkler, Herfried (Hg.): Pipers Handbuch der politischen Ideen, Bd. 5, München/Zürich, 513-562
- Berliner Communiqué 2000: „Modernes Regieren für das 21. Jahrhundert“, Abschlusserklärung einer Konferenz von 14 Regierungschefs vom 2./3. Juni in Berlin
- Blanke, Bernhard/Schridde, Henning 1999: Bürgerengagement und Aktivierender Staat. Expertise im Rahmen des Sozialpolitischen Qualitätsmanagements, hg. Vom Niedersächsischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales, Hannover
- Bobbio, Norberto 1988a: Which Socialism? Marxism, Socialism and Democracy [orig. 1976], Oxford/Cambridge
- Bobbio, Norberto 1988b: Gramsci and the conception of civil society, in: ders.: Which Socialism?, Cambridge/Oxford, 139-161
- Bohmann, James 1997: Pluralismus, Kulturspezifität und kosmopolitische Öffentlichkeit im Zeichen der Globalisierung, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Jg. 45, Heft 6, 927-941
- Brunnengräber, Achim/Klein, Ansgar/Walk, Keike (Hg.): NGOs als Legitimationsressource, Opladen 2001 (im Erscheinen)
- Buchstein, Hubertus/Schmalz-Bruns, Rainer 1994: Republikanische Demokratie, in: Barber, Benjamin: Starke Demokratie, Hamburg, 297-323
- Calhoun, Craig 1994a (Hg.): Social Theory and the Politics of Identity, Cambridge/Oxford
- Calhoun, Craig 1994b: Social Theory and the Politics of Identity, in: ders. (Hg.): Social Theory and the Politics of Identity, Cambridge/Oxford, 9-36
- Cohen, Jean L. 1982: The Limits of Marxian Critical Theory, Amherst
- Cohen, Jean L. 1985: Strategy or Identity: New Theoretical Paradigms and Contemporary Social Movements, in: Social Research, Jg. 52, Heft 4, 663-716
- Cohen, Jean L. 1993: Zur Neubeschreibung der Privatsphäre, in: Menke, Christoph/Seel, Martin (Hg.): Zur Verteidigung der Vernunft gegen ihre Liebhaber und Verächter, Frankfurt/M., 300-332
- Cohen, Jean L. 1996: Democracy, Difference, and the Right of Privacy, in: Benhabib, Seyla (Hg.): Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political, Princeton, 187-217
- Cohen, Jean L. 1999: Trust, voluntary association and workable democracy: the contemporary American discourse of civil society, in: Mark E. Warren (Hg.): Democracy & Trust, Cam-

bridge/UK

- Cohen, Jean L./Arato, Andrew 1992: *Civil Society and Political Theory*, Cambridge/Mass./ London
- Cohen, Joshua/Rogers, Joel 1994a: Solidarity, Democracy, Association, in: Streeck, Wolfgang (Hg.): *Staat und Verbände*, Sonderheft 25 der Politischen Vierteljahresschrift, Opladen, 136-159
- Cohen, Joshua/Rogers, Joel 1994b: My Utopia or Yours?, in: *Politics & Society*, Jg. 22., Heft 4, 507-522
- Croissant, Aurel/Lauth, Hans-Joachim/Merkel, Wolfgang 2000: Zivilgesellschaft und Transformation: ein internationaler Vergleich, in: Merkel, Wolfgang (Hg.): *Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation*, Opladen, 9-49
- Dahrendorf, Ralf 1990a: *Betrachtungen über die Revolution in Europa*, Stuttgart
- Detting, Warnfried 2000: Die Bürgergesellschaft als Reformperspektive. Neue Chancen für das Ehrenamt, in: *Forschungsjournal NSB*, Jg. 13, Heft 2, 8-14
- Dubiel, Helmut 1994a: Metamorphosen der Zivilgesellschaft I. Selbstbegrenzung und reflexive Modernisierung, in: ders.: *Ungewißheit und Politik*, Frankfurt/M., 67-105
- Dubiel, Helmut 1994b: Metamorphosen der Zivilgesellschaft II. Das ethische Minimum der Demokratie, in: ders.: *Ungewißheit und Politik*, Frankfurt/M., 106-118
- Dubiel, Helmut 1994c: Das nicht angetretene Erbe. Anmerkungen zu Hannah Arendts
- Evers, Adalbert 2000: Bürgerschaftliches Engagement. Thesen zur zukünftigen Arbeit der Enquete-Kommission, in: *Forschungsjournal NSB*, Jg. 13, Heft 2, 92-96
- Evers, Adalbert/Olk, Thomas 1996: Analytische und normativ-politische Dimensionen eines Leitbegriffs, in: dies (Hg.): *Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrts-gesellschaft*, Opladen, 9-60
- Evers, Adalbert/Leggewie, Claus 1999: Der ermunternde Staat. Vom aktiven Staat zur aktivierenden Politik, in: *GMH*, Heft 6
- Fehr, Helmut 1996: *Unabhängige Öffentlichkeit und soziale Bewegungen. Fallstudien über Bürgerbewegungen in Polen und der DDR*, Opladen
- Forschungsgruppe Weltgesellschaft 1996: Weltgesellschaft: Identifizierung eines ‚Phantoms‘, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 37, Heft 1, 5-26
- Frankenberg, Günter 1996: *Die Verfassung der Republik. Autorität und Solidarität in der Zivilgesellschaft*, Baden-Baden
- Giddens, Anthony 2000: „Ws wird ziemlich schwer, öffentlichen Raum zurück zu gewinnen“, in: *Frankfurter Hefte/Neue Gesellschaft*, Heft 6, 335-340
- Gramsci, Antonio 1991: *Gefängnishefte*, Hamburg 1991ff.
- Habermas, Jürgen 1990: Die nachholende Revolution. Kleine Politische Schriften VII, Frankfurt/M., 179-204
- Habermas, Jürgen 1992a: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt/M.

- Habermas, Jürgen 1992b: Drei normative Modelle der Demokratie: Zum Begriff deliberativer Politik, in: Münkler, Herfried (Hg.): Die Chancen der Freiheit. Grundprobleme der Demokratie, München/Zürich, 11-24
- Habermas, Jürgen 1998a: Jenseits des Nationalstaats? Bemerkungen zu Folgeproblemen der wirtschaftlichen Globalisierung, in: Beck, Ulrich (Hg.): Politik der Globalisierung, Frankfurt/M., 67-84
- Habermas, Jürgen 1998b: Die postnationale Konstellation und die Zukunft der Demokratie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7, 804-816
- Heins, Volker 1992: Ambivalenzen der Zivilgesellschaft, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg.33, Heft 2, 235-242
- Heins, Volker 1998: Globalisierung und Demokratie - Zur zweiten Runde der Diskussion um die ‚Zivilgesellschaft‘, in: Mitteilungen des Instituts für Sozialforschung an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/M., Heft 9, 49-69
- Held, David 1989a: Liberalism, Marxism and the Future of Public Policy, in: ders.: Political Theory and the Modern State, Cambridge/Oxford, 158-173
- Held, David 1989b: The Contemporary Polarization of Democratic Theory: The Case for a Third Way, in: ders.: Political Theory and the Modern State, Cambridge/Oxford, 174-188
- Held, David 1989c: Citizenship and Autonomy, in: ders.: Political Theory and the Modern State, Cambridge/Oxford, 189-213
- Held, David/Keane, John 1984: Socialism and the limits of state action, in: Curran, J. (Hg.): The Future of the Left, Cambridge, 170-181
- Heuberger, Frank/Mielke, Gerd/Klein, Ansgar/Kuleba, Peter 2000: Editorial: In Amt und Ehren? Zukunft bürgerschaftlichen Engagements, in: Forschungsjournal NSB, Jg. 13, Heft 2, 2-7
- Keane, John 1988a: Democracy and Civil Society. On the Predicaments of European Socialism, the Prospects for Democracy, and the Problem of Controlling Social and Political Power, London/New York
- Keane, John 1988b: The Limits of State Action, in: ders.: Democracy and Civil Society, London/New York, 1-30
- Keane, John 1988c: Remembering the Dead, in: ders.: Democracy and Civil Society, London/New York, 31-68
- Keane, John 1988d: Party-centred Socialism?, in: ders.: Democracy and Civil Society, London/New York, 101-152
- Keane, John 1988e (Hg.): Civil Society and the State, London/New York
- Keane, John 1989: Introduction: Democracy and the Decline of the Left, in: Bobbio, Norberto: Democracy and Dictatorship, vii-xxviii
- Klages, Helmut 2000: Die Deutschen – ein Volk von Ehrenämtern? Ergebnisse einer bundesweiten Studie, in: Forschungsjournal NSB, Jg. 13, Heft 2, 33-47
- Kleger, Heinz 1993: Der neue Ungehorsam. Widerstände und politische Verpflichtung in einer lernfähigen Demokratie, Frankfurt/M./New York

- Klein, Ansgar/Schmalz-Bruns, Rainer 1997: Herausforderungen der Demokratie. Möglichkeiten und Grenzen der Demokratisierung, in: dies. (Hg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland, Bonn und Baden-Baden
- Lauth, Hans-Joachim/Merkel, Wolfgang 1997a: Zivilgesellschaft und Transformation. Ein Diskussionsbeitrag in revisionistischer Absicht, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 10, Heft 1, 12-34
- Lauth, Hans-Joachim/Merkel, Wolfgang 1997b (Hg.): Zivilgesellschaft im Transformationsprozeß. Länderstudien zu Mittelost- und Südeuropa, Asien, Afrika, Lateinamerika und Nahost, Mainz
- Lietzmann, Hans 1993: ‚Verfassungspatriotismus‘ und ‚Civil society‘: Eine Grundlage für Politik in Deutschland, in: Voigt, Rüdiger (Hg.): Abschied vom Staat – Rückkehr zum Staat, Baden-Baden, 205-230
- Melucci, Alberto 1988a: Getting Involved. Identity and Mobilization in Social Movements, in: Klandermans, Bert/Kriesi, Hanspeter/Tarrow, Sidney (Hg.): International Social Movement Research. From Structure to Action: Comparing Social Movement Research Across Culture, Greenwich/Conn./London, 329-348
- Melucci, Alberto 1988b: Social Movements and the Democratization of Everyday Life, in: Keane, John (Hg.): Civil Society and the State, London/New York, 245-260
- Melucci, Alberto 1989: Nomads of the Present. Social Movements and Individual Needs in Contemporary Society, Philadelphia
- Melucci, Alberto 1995: The Process of Collective Identity, in: Johnston, Hank/Klandermans, Bert (Hg.): Social Movements and Culture, London, 41-63
- Melucci, Alberto 1996a: Challenging Codes. Collective Action in the Information Age, Cambridge/Mass.
- Melucci, Alberto 1996b: The Playing Self. Person and meaning in the planetary society, Cambridge/Mass.
- Merkel, Wolfgang 1996: Theorien der Transformation: Die demokratische Konsolidierung post-autoritärer Gesellschaften, in: von Beyme, Klaus/Offe, Claus (Hg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation, Sonderheft 26 der Politischen Vierteljahresschrift, Opladen, 30-58
- Merkel, Wolfgang (Hg.) 2000: Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation, Opladen
- Münkler, Herfried 1991a: Wieviel Tugend braucht die Demokratie? Voraussetzungen der Zivilgesellschaft, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Jg. 38, Heft 7, 612-617
- Münkler, Herfried 1991b: Wege zur Zivilgesellschaft. Zur politischen Aktualität der Forschungen Hans Barons, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 03.04.
- Münkler, Herfried 1991c: Die Idee der Tugend. Ein politischer Leitbegriff im vorrevolutionären Europa, in: Archiv für Kulturgeschichte, Jg. 73, Heft 2, 379-403
- Münkler, Herfried 1992: Politische Tugend. Bedarf die Demokratie einer sozio-moralischen Grundlegung?, in: ders. (Hg.): Die Chancen der Freiheit. Grundprobleme der Demokratie, München/Zürich, 25-46

- Münkler, Herfried 1993: Zivilgesellschaft und Bürgertugend. Bedürfen demokratisch verfaßte Gemeinwesen einer sozio-moralischen Fundierung? Öffentliche Antrittsvorlesung, hrsgg. von der Humboldt-Universität zu Berlin, Fachbereich Sozialwissenschaften, Berlin
- Münkler, Herfried 1997: Der kompetente Bürger, in: Klein, Ansgar/Schmalz-Bruns, Rainer (Hg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland, Baden-Baden/Bonn, 153-172
- Münkler, Herfried 2000: Ehre, Amt und Engagement. Wie kann die knappe Ressource Bürgersinn gesichert werden?, in: Forschungsjournal NSB, Jg. 13, Heft 2, 22-32
- Nullmeier, Frank 1989a: Bewegung in der Institutionalisierungsdebatte?, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 2, Heft 3/4, 8-19
- Nullmeier, Frank 1989b: Institutionelle Innovationen und neue soziale Bewegungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 26, 3-16
- Nullmeier, Frank 1991: Zivilgesellschaftlicher Liberalismus - Schattenseiten eines Trends politischer Theorieentwicklung, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 4, Heft 3, 13-26
- Nullmeier, Frank 1998: Agonalität - Von einem kultur- zu einem politikwissenschaftlichen Grundbegriff? in: Greven, Michael Th./Münkler, Herfried/Schmalz-Bruns, Rainer (Hg.): Bürgersinn und Kritik. Festschrift für Udo Bermbach zum 60. Geburtstag, Baden-Baden, 85-122
- Offe, Claus 1989: Bindung, Fessel, Bremse. Die Unübersichtlichkeit von Selbstbeschränkungsformeln, in: Honneth, Axel u.a. (Hg.): Zwischenbetrachtungen. Im Prozeß der Aufklärung. Jürgen Habermas zum 60. Geburtstag, Frankfurt/M., 739-774
- Offe, Claus/Preuß, Ulrich K. 1991: Democratic Institutions and Moral Resources, in: Held, David (Hg.): Political Theory Today, Cambridge, 143-171
- Pateman, Carole 1988: The Sexual Contract, Cambridge/Oxford
- Pateman, Carole 1989a: The Disorder of Women. Democracy, Feminism and Political Theory, Cambridge/Oxford
- Pateman, Carole 1989b: Feminist Critiques of the Public/Private Dichotomy, in: dies.: The Disorder of Women, Cambridge/Oxford, 118-140
- Pateman, Carole 1989c: The Fraternal Social Contract, in: dies.: The Disorder of Women, Cambridge/Oxford, 33-57
- Pateman, Carole 1992: Gleichheit, Differenz, Unterordnung. Die Mutterschaftspolitik und die Frauen in ihrer Rolle als Staatsbürgerinnen, in: Feministische Studien, Jg. 10, Heft 1, 54-69
- Pierson, Christopher 1984: Trend Report. New Theories of State and Civil Society, in: Economy and Society, Jg. 18, Heft 4, 563-571
- Preuß, Ulrich K. 1994a: Revolution, Fortschritt und Verfassung. Zu einem neuen Verfassungsverständnis, Frankfurt/M.
- Putnam, Robert D. 1993: Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy, Princeton/New Jersey

- Putnam, Robert D. 1996: Bowling Alone: America's Declining Social Capital, in: Diamond, Larry/Plattner Marc F. (Hg.): The Global Resurgence of Democracy, Baltimore/ London, 290-306
- Richter, Emanuel 1999: Das republikanische Europa. Aspekte einer nachholenden Zivilisierung, Opladen
- Ritter, Claudia 1997: Lebensstile und Politik. Zivilisierung, Politisierung, Vergleichsgültigkeit, Opladen
- Rödel, Ulrich 1994: Zivilgesellschaft und selbstorganisierte Öffentlichkeiten, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 7, Heft 1, 34-45
- Rödel, Ulrich/Frankenberger, Günter/Dubiel, Helmut 1989: Die demokratische Frage, Frankfurt/M.
- Rössler, Beate 1996: Feministische Theorien der Politik, in: von Beyme, Klaus/Offe, Claus (Hg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation, Sonderheft 26 der Politischen Vierteljahresschrift, Opladen, 267-294
- Roth, Roland 1994: Demokratie von unten. Neue soziale Bewegungen auf dem Wege zur politischen Institution, Köln
- Roth 1999a: Chancen und Hindernisse bürgerschaftlichen Engagements in den neuen Bundesländern. Beitrag auf dem Symposium der Toepfer-Stiftung am 28. April in Berlin, Manuskript
- Roth 1999b: Bürgerschaftliches Engagement – Formen, Bedingungen, Perspektiven, in: Zimmer, Annette/Nährlich, Stefan (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement, Opladen
- Rucht, Dieter 1994: Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich, Frankfurt/M./New York
- Rucht, Dieter 1996: Multinationale Bewegungsorganisationen. Bedeutung, Bedingungen, Perspektiven, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 9, Heft 2, 30-41
- Rucht, Dieter 1997: Soziale Bewegungen als demokratische Produktivkraft, in: Klein, Ansgar/Schmalz-Bruns (Hg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen, Baden-Baden/Bonn, 382-403
- Rucht, Dieter 1998: Gesellschaft als Projekt - Projekte in der Gesellschaft. Zur Rolle sozialer Bewegungen, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 11, Heft 1, 15-24
- Schmalz-Bruns, Rainer 1989: ‚Civil society‘ - neue Perspektiven der Demokratisierung?, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 2, Heft 3/4, 20-34
- Schmalz-Bruns, Rainer 1992: Die Konturen eines ‚neuen Liberalismus‘. Zur Debatte um Liberalismus, Kommunitarismus und Civil Society, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 33, Heft 4, 662-672
- Schmalz-Bruns, Rainer 1994: Zivile Gesellschaft und reflexive Demokratie, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 7, Heft 1, 18-33
- Schmalz-Bruns, Rainer 1995: Reflexive Demokratie. Die demokratische Transformation moderner Politik, Baden-Baden

- Schmalz-Bruns, Rainer 1997: Bürgergesellschaftliche Politik - ein Modell der Demokratisierung der Europäischen Union? Demokratietheoretische Annäherungen an Europa, in: Wolf, Klaus-Dieter (Hg.): Projekt Europa im Übergang? Staat und Demokratie in der Europäischen Union, Baden-Baden
- Schmalz-Bruns, Rainer 1999: Deliberativer Supranationalismus. Demokratisches Regieren jenseits des Nationalstaats, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, Jg. 6, Heft 2, 185-244
- Schröder, Gerhard 2000: Die zivile Bürgergesellschaft. Anregungen zu einer Neubestimmung der Aufgaben von Staat und Gesellschaft, in: Frankfurter Hefte/Neue Gesellschaft, Jg. 47, Heft 4, 200-207
- Schuppert, Gunnar Folke 1997: Assoziative Demokratie. Zum Platz des organisierten Menschen in der Demokratietheorie, in: Klein, Ansgar/Schmalz-Bruns, Rainer (Hg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland, Baden-Baden/Bonn, 114-152
- Speth, Rudolf/Buchstein, Hubertus 1997: Hannah Arendts Theorie intransitiver Macht, in: Göhler, Gerhard u.a.: Institution – Macht – Repräsentation, Baden-Baden, 224-261
- Thaa, Winfried 1996: Die Wiedergeburt des Politischen. Zivilgesellschaft und Legitimitätskonflikt in den Revolutionen von 1989, Opladen
- Walzer, Michael 1992a: Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie, Berlin
- Walzer, Michael 1998: Über Toleranz. Von der Zivilisierung der Differenz, Hamburg
- Wuthnow, Rubert 1998: Loose Connections. Joining Together in America's Fragmented Communities, Cambridge/Mass.
- Zimmer, Annette 1996: Vereine - Basiselemente der Demokratie, Opladen
- Zimmer, Annette/Nährlich Stefan (Hg) 2000: Engagierte Bürgerschaft. Traditionen und Perspektiven, Opladen

MÜNSTERANER DISKUSSIONSPAPIERE ZUM NONPROFIT-SEKTOR

- Nr.1 SCHMITZ, SVEN-UWE: Die Tugenden des Demokraten
- Nr.2 NÄHRlich, STEFAN: International Philantropic Transfers – Länderbericht Deutschland
- Nr. 3 ZIMMER, ANNETTE/PRILLER, ECKHARD: Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftlichen Wandel
- Nr. 4 GREVE, ROLF: Globalisierung der Wirtschaft
- Nr. 5 JÜTTING, DIETER: Lokale Vereinslandschaften und sozialer Reichtum
- Nr. 6 KLEIN, ANSGAR: Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Kontexte und demokratietheoretische Bezüge der neueren Begriffsverwendung
- Nr. 7 KEVENHÖRSTER, PAUL: Kampf der Kulturen oder multikulturelle Welt?
- Nr. 8 GABRIEL, KARL: Kirche und Glauben im gesellschaftlichen Wandel
- Nr. 9 CREDE, DANIELA: Der Verein als - zentrales ? - Element bürgerschaftlichen Engagements
- Nr. 10 PRILLER, ECKHARD/ZIMMER, ANNETTE: Der Dritte Sektor in Deutschland. Seine Perspektiven in neuen Millenium
- Nr. 11 ZIMMER, ANNETTE (Hrsg./Ed.): Annotierte Bibliographie zum Dritten Sektor in Deutschland. Annotated Bibliography: The Third Sector in Germany
- Nr. 12 VILAIN, MICHAEL/BÜCKER, INGO/KANBACH, FRAUKE/WILLIGES, OLIVER/KIPP, STEPHAN: Licht und Schatten im Sportverein: Erfolgs- und Risikofaktoren am Beispiel der Organisationsanalyse des TuS Hiltrup e.V.
- Sonderband 1: TIMMER, KARSTEN: Vortrag anlässlich der Verleihung des Wissenschaftspreises "Aktive Bürgerschaft" 2000 im Franz Hitze Haus, Münster 23. Juni 2000
- Sonderband 2: ZIMMER, ANNETTE: Die Zukunft der Arbeit in Europa. Vortrag auf dem Kolloquium "Europa und die Politikwissenschaft in Münster" – 30 Jahre Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster im Franz Hitze Haus am 30. Juni – 1. Juli 2000
- Sonderband 3: ZIMMER, ANNETTE (ED.): The Third Sector in Germany

Arbeitsstelle Aktive Bürgerschaft
Institut für Politikwissenschaft
Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Scharnhorststraße 100, 48151 Münster
Tel. (0251) 8329443, Fax (0251) 8329356
email: aktivebs@uni-muenster.de
www.dritte-sektor-forschung.de